



Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage

Bundeskanzler Olaf Scholz spricht Machtwort

Wieder einmal zahlen sich hartnäckige Forderungen und sanfter Druck für unsere Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei aus. Eine langjährige Forderung der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft – die Wiedereinführung der Polizeizulage – wird noch dieses Jahr umgesetzt werden.

Nachdem sich CSU und Bündnis90/Die Grünen bereits in der letzten Legislaturperiode klar für die Wiedereinführung der Polizeizulage ausgesprochen hatten, hat nunmehr Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD, die Blockadehaltung von Bundesfinanzminister Christian Lindner, FDP, durchschlagen.

„Die beste Möglichkeit, etwas für unsere Kolleginnen und Kollegen zu erreichen, ist, dafür Sorge zu tragen, dass die Forderung im Koalitionsvertrag steht!“, betont Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

Kurz nach der Bundestagswahl 2021 hat sich die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft an die möglichen Koalitionäre gewandt und mit Schreiben vom 6. Dezember 2021 die Erwartungen an einen Koalitionsver-

trag formuliert. Eine der Forderungen war die Wiedereinstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.

„Mein ganz besonderer Dank gilt der Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die in ihrer Hartnäckigkeit innerhalb der Ampelkoalition nicht nachgelassen hat und schließlich eine Entscheidung des Bundeskanzlers herbeigeführt hat“, so der Gewerkschaftsschef weiter.

Die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage bedeutet nicht nur circa 160 Euro mehr im Portemonnaie unserer pensionierten Polizistinnen und Polizisten im Bund, es ist vielmehr ein Ausdruck der Wertschätzung für die jahrzehntelange und teil-



© DPoIG (2)

> Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender

weise lebensgefährliche Arbeit der Polizei in Deutschland. „Neben Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen wird jetzt auch der Bund diesen

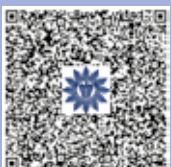
wichtigen Schritt vollziehen. Dieses sollte auch Wegweiser für andere Bundesländer sein“, mahnt Teggatz.

Der Gesetzesentwurf zur Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage liegt uns in der Version vom Frühjahr vor. Danach soll die Polizeizulage für die jetzt aktiven Kolleginnen und Kollegen Ruhegehaltsfähig werden, aber auch schon die Ruheständler sollen in den Genuss der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage kommen.

Mit dem Versorgungsreformgesetz 1998 wurde die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage abgeschafft. Dieser Missstand ist nun hoffentlich bald Geschichte und das ist gut so.

Impressum:

Redaktion:
Dirk-Ulrich Lauer
Tel.: 0173.2663575
dirkulrich.lauer@dpolg-bpolg.de
Geschäftsstelle und Redaktion:
Seelower Str. 7
10439 Berlin
ISSN 0943-9463





Aus- und Fortbildung

Brennpunkt Aus- und Fortbildung

Die Bundespolizei führt seit Jahren eine Ausbildungs-offensive mit dem Ziel durch, eine annähernde Personaldeckung für die aktuelle und künftige Aufgabendurchführung sicherzustellen. Diesen Planungen zum Trotz herrscht in den Dienststellen der Bundespolizeiakademie ein teils völlig inakzeptabler Zustand.

Einen bunten Blumenstrauß an Problemen ertragen die Kolleginnen und Kollegen in der

Aus- und Fortbildung täglich. Ein massives Personaldefizit, unpassende Organisationsstrukturen und in Teilen völlig veraltete Unterkunfts- und Unterrichtsgebäude führen dazu, dass die Dienststellen der Bundespolizeiakademie mit die unattraktivsten bundesweit sind. Die extrem hohen Fluktuationszahlen sprechen für sich. Spricht man mit den Auszubildenden und Studierenden, wird die Liste immer länger. Eine nach wie vor ungeeignete

E-Learning-Plattform, kaum Internetversorgung in den Dienststellen der Akademie oder nicht ausreichend vorhandene Einsatzbekleidung sind nur wenige Beispiele davon, wo Anspruch und Wirklichkeit der Bundespolizei diametral auseinanderklaffen.

Die Fortbildung, welche bereits jetzt einen massiven und inakzeptablen Stau erfährt, ist in der gesamten Problematik noch nicht inbegriffen, da zum



> Manuel Ostermann, stellvertretender Bundesvorsitzender

aktuellen Zeitpunkt nahezu keine Kapazitäten für Fortbildungsmaßnahmen vorhanden sind und die derzeitigen Planungen dazu führen werden, dass dies so bleiben wird.

Es müssen Planungsgrundlagen geschaffen und grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden, wie Aus- und Fortbil-

dung in der Bundespolizei einheitlich gewährleistet und durchgeführt werden sollen.

Wir haben den Vizepräsidenten des BPOLP sowie die Abteilungsleiterin B im BMI am 15. September 2022 schriftlich gebeten, sich diesen Themen persönlich anzunehmen und unsere aktive Unterstützung angeboten!

„Die aktuelle Mangelverwaltung muss ein Ende haben! Personal, Material und Immobilien sind über ihre Leistungsgrenze belastet“, sagt Manuel Ostermann, stellv. Bundesvorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft. ■

BRENNPUNKT AUS-UNDFORTBILDUNG DPoIG DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT im DBB Bundespolizeigewerkschaft

WIR FORDERN

- 1) Breitbandige Information zu den Gesamtplanungen der BPOL**
 - zielorientierte Verwaltungsentscheidung
 - sachbezogene Personalplanung
- 2) Festlegung und Gewährleistung moderner Schulungsstandards**
 - Moderne Ausbildungs- und Trainingsstätten
 - Verbesserung der digitalen Ausstattung
 - VS geeignete E-Learning Umgebung
- 3) Bedarfsgerechte Fortbildung**
 - Reduzierung des Zentralismus in der BPOLAK!
 - Diversifizierung als Chance der Professionalisierung
 - d.h. Verteilung von Fortbildungskompetenzen in BPOLDen & BPOLAFZen
 - Förderung lokaler Besonderheiten der Standorte
 - Synergieeffekte durch Kooperationen mit benachbarten BOS nutzen
- 4) Durchführung einer Organisationsprüfung**
 - Erstellung eines ODP nach realen Bedürfnissen unter Berücksichtigung der neuen Aus- und Fortbildungsgrundsätzen
 - Stärkung auch des Rahmenpersonals

#WIRANDEINERSEITE
DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Bundesgeschäftsstelle Berlin • Seelower Straße 7 • 10439 Berlin post.berlin@dpoig-bpoig.de

BRENNPUNKT AUS-UNDFORTBILDUNG DPoIG DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT im DBB Bundespolizeigewerkschaft

WIR BLEIBEN DRAN!

Die Gewerkschaft, die für Euch da ist ist Blau

#WIRANDEINERSEITE



Anmietung von Liegenschaften – ein Marathon

Energiekosten sind das Thema dieser Tage. Dies betrifft auch die Bundespolizei. Auch, aber nicht nur im eigentlichen Sinne des Wortes. So kostet es alle Beteiligten in der Regel viel Energie, um die Anmietung einer Liegenschaft für die Bundespolizei vorzunehmen. Jeder, der schon mal eine Wohnimmobilie für sich gesucht hat, weiß, wie schwierig es ist, eine geeignete Immobilie in guter Lage zu finden. Für die Bundespolizei ist dies umso gleich schwerer. Meist gibt der gesetzliche Auftrag den Standort vor, wie zum Beispiel an Flughäfen und Bahnhöfen. Zwar ist im BPOLG geregelt, dass in diesen Bereichen Flughafenbetreiber und DB AG der Bundespolizei geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen müssen, aber leider kommt insbesondere die DB AG dieser Verpflichtung nur unzureichend nach. Einige Reviere im bahnpolizeilichen Be-

reich sind bereits seit Jahrzehnten „Sorgenkinder“. Marode Bausubstanz, Flächenföhl und unweckmäßiger Zuschnitt kennzeichnen diese Liegenschaften. Als Aktiengesellschaft steht die Gewinnoptimierung für die DB AG scheinbar im Vordergrund. Verträge mit Fastfood-Restaurants oder anderen Geschäften werden über lange Zeiträume verlängert, obwohl der DB AG die Bedarfe der Bundespolizei bekannt sind.

Durch die Strukturanpassung und dem damit verbundenen Personalaufwuchs platzen nahezu alle Liegenschaften aus den Nähten. So schön es ist, dass vor Ort in den BPOLI nun endlich das dringend benötigte Personal ankommt, um so trauriger ist die Tatsache, dass man seitens der Politik nicht berücksichtigt hat, dass damit auch ein Mehrbedarf an Fläche und Ausstattung einhergeht.

Fast überall ist eine Zumietung von weiteren Flächen zur Bestandsimmobilie eines Reviers nicht möglich, weil die Flächen, zum Beispiel im Bahnhof, alle in Vermietung sind.

Hier bleibt die einzige Lösung, sich auf dem freien Immobilienmarkt umzuschauen. Im regulären Verfahren stimmt sich dazu zunächst die BPOLI mit dem Liegenschaftsbereich der BPOLD über den tatsächlichen Bedarf ab. Dieser muss dann mit dem Raumprogramm der BPOL in Einklang gebracht werden. Dies nimmt aufgrund der unterdimensionierten Personalausstattung im Verwaltungsbereich regelmäßig bis zu einem halben Jahr in Anspruch. Anschließend wird der so abgestimmte Vorgang dem zuständigen Referat des BPOLP vorgelegt. Hier dauert die Bearbeitung derzeit regelmäßig mindestens ein halbes Jahr, da auch dort Personalmangel in



> Hauke Reetz, Vorsitzender Bezirksverband NRW

größerem Ausmaß herrscht. Das BPOLP beauftragt im Anschluss die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, kurz BlmA, eine geeignete Immobilie in Bahnhofsnähe zu finden. Der Personalkörper der BlmA ist auf einem Stand von 2008. Die Bedarfe der Bundesbehörden wie Bundespolizei und Zoll sind massiv gestiegen. Dadurch ergeben sich auch hier Bearbeitungszeiten von sechs Monaten bis zu 1,5 Jahren! Das Ergebnis der Erkundungen wird anschließend dem Liegenschaftsbereich der BPOLD vorgelegt. Aufgrund des dort ebenfalls vorherrschenden Personalmangels und der zahlenmäßig vielen Projekte dauert es nochmals bis zu einem halben Jahr, um das vorgeschlagene Objekt auf Tauglichkeit zu prüfen. Im Anschluss teilt die BPOLD dem Bundespolizeipräsidium mit, welche der Liegenschaften mit einem Votum zur Anmietung durch die BlmA sie ebenfalls für geeignet hält. Dort braucht es regelmäßig, aufgrund der bereits beschriebenen Personalprobleme, ein weiteres halbes Jahr, bis der Vorgang vom BPOLP zur abschließenden Genehmigung in Richtung BMI geschickt wird. Dort angekommen, dauert es durchschnittlich zwischen 5 und 20 Monaten, bis der Vor-





gang dann genehmigt wird und zur Anmietung an die BlmA geht. Nach der Anmietung muss die Liegenschaft an die Bedürfnisse der Bundespolizei angepasst werden, was durchschnittlich ein weiteres Jahr dauert. Immer vorausgesetzt, die Immobilie steht nach der langen Bearbeitungszeit noch zur Verfügung. Ansonsten zurück auf „Los“...

Durch dieses hahnbüchene Verfahren dauert es durchschnittlich fünf(!) Jahre, bis eine Liegenschaft bezogen und genutzt werden kann. Das bedeutet, dass die Kolleginnen und Kollegen fünf lange Jahre in oftmals katastrophalen Verhältnissen tagtäglich ihren Dienst verrichten müssen.

Im Rahmen der Strukturanpassung hat das BPOLP per Delegation eine Verfahrenserleichterung für die Anmietung von Immobilien bei Drittanbietern geschaffen. Die BPOLD waren 2020 aufgerufen, genau solche Projekte aufzumelden. Diese wurden in ein verkürztes Verfahren aufgenommen. In diesem verkürzten Verfahren oder auch Vorsondierungsverfahren wird den BPOLD mehr Ent-

scheidungskompetenz zugebilligt, was zu deutlich kürzeren Umsetzungszeiten führt. Der Liegenschaftsbereich der BPOLD beauftragt die BlmA unmittelbar mit der Erkundung. Die BlmA übermittelt ihr Ergebnis direkt an die BPOLD zur Prüfung. Wird hier entschieden, die Liegenschaft anzumieten, erteilt die BPOLD der BlmA den Beschaffungsauftrag und die Liegenschaft wird angemietet. Im Nachgang wird das BPOLP nachrichtlich beteiligt. Auf diesem Wege sind zum Beispiel Bedarfe für Liegenschaften der MKÜ in der BPOLD STA in etwas über zwei Jahren gedeckt worden, was absolut vertretbar ist. Leider ist dieses vereinfachte Verfahren nur für die im Jahr 2020 angemeldeten Projekte möglich und läuft Ende 2024 aus.

Aus den sehr guten Erfahrungen mit dem vereinfachten Verfahren ergibt sich, dass eine komplette Rückkehr zu dem langwierigen, sperrigen regulären Verfahren nicht zeitgemäß ist. Im Gegenteil, es ist einfach nicht erklärbar, warum man dieses bewährte Instrument der Liegenschaftsverwaltung 2024 wieder unter Akten-



© DPolG (3)

bergen vergraben will! Wir fordern die dauerhafte Beibehaltung des verkürzten Verfahrens zur deutlich schnelleren Bereitstellung von Lösungen im Liegenschaftsbereich. Zudem entlastet es den Liegenschaftsbereich in der BPOLD sowie im BPOLP und ist im Rahmen der Fürsorge gegenüber den dort eingesetzten Mitarbeitern, aber auch den Mitarbeitern vor Ort, alternativlos. Ebenso muss der Liegenschaftsbereich dringend und zeitnah personell ertüchtigt werden, damit die dortigen

Mitarbeiter nicht langfristig erkranken und die ohnehin angespannte Personalsituation durch ihren Ausfall verschärfen.

Die im Bundeshaushalt eingeplante Kürzung des Personalhaushaltes von 1,5 Prozent jährlich im Bereich der Verwaltung macht die Situation auch nicht besser. Dies führt zu weiteren Problemen in allen Bereichen der Verwaltung. Die Kürzung muss dringend vom Tisch.

Expertenanhörung im Niedersächsischen Landtag

Am 16. September 2022 war unser stellvertretender Bundesvorsitzender Manuel Ostermann auf Einladung der CDU-Landtagsfraktion zu Gast im niedersächsischen Landtag. Thema der Debatte am Freitag war ein mögliches Integrationsgesetz. Dazu führte Manuel Ostermann unter anderem aus: „Deutschland hat seit 2015 eine immense humanitäre Hilfsbereitschaft gezeigt. Allerdings ist Integration auch keine Einbahnstraße. Es braucht eine bessere Infrastruktur für die Integration, ge-



© CDU

> CDU-Fraktion mit Manuel Ostermann



© DPolG

> Manuel Ostermann, stellvertretender Bundesvorsitzender

rade beim Erwerb der deutschen Sprache.“ Der öffentliche Dienst mit allen beteiligten Behörden muss personell und materiell verstärkt werden. Nur mit einer soliden Infrastruktur kann man die Herausforderungen meistern. Weiterhin darf die Legitimation des Rechtsstaates nicht infrage gestellt werden. Dies gilt auch

bei der Durchsetzung von zwingend ausreisepflichtigen Migranten.

Es war eine lebendige und zielführende Debatte. Ein gut durchdachtes Integrationsgesetz könne nur hilfreich und im Interesse aller sein, meint Ostermann zum Abschluss der Debatte. ■

Einsatzbekleidung

Die Zeit ist reif für die Einführung von Poloshirts

Das Diensthemd ist nicht mehr zeitgemäß und untauglich für die heutigen Sommer.

Temperaturen von bis zu 40 Grad, immer heißere und längere Sommer machen den Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst immer mehr zu schaffen. Das Diensthemd ist nicht mehr zeitgemäß und untauglich für die hohen Tempe-

peraturen im Sommer. Der Bedarf zur Beschaffung einer Alternative ist groß.

Verschiedene Polizeien der Länder haben längst reagiert und ein Polohemd für den Sommer eingeführt. In Niedersachsen wurde zum Beispiel ein Shirt eingeführt, welches aus nachhaltigem Rohstoff gefertigt wird, schweißhemmend

und schnell trocknend ist. Gerade im Hinblick auf Materialien, die unter der Schutzweste getragen werden können, sehen wir als DPolG Bundespolizeigewerkschaft sofortigen Handlungsbedarf.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Manuel Ostermann, hat sich mit diesem Anliegen an die zuständige



© DPolG (2)

> Manuel Ostermann, stellvertretender Bundesvorsitzender

Abteilung des BPOLP gewandt. Die uns vorliegenden Erfahrungen aus den Länderpolizeien konnten wir dem BPOLP ebenfalls zur Verfügung stellen. Eine Prüfung des Anliegens wurde uns zugesagt.

Selbstverständlich ist uns klar, dass die Haushaltslage des Bundes sehr angespannt ist und enorme Kürzungen auch auf die Bundespolizei zukommen. Dieses falsche Signal kann aber nicht der Grund für eine Ablehnung notwendiger Beschaffungen sein. Die Einsatzfähigkeit der Kolleginnen und Kollegen muss hochgehalten werden, und das ist nicht durch das Sparen am falschen Ende möglich.

Wir setzen uns für die Beschaffung eines Poloshirts ein und unterstützen das BPOLP, dieses Anliegen positiv bescheiden zu können. ■





Bezirksverband Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern Wahlkreisreise des DPoIG-Ortsverbandes Flensburg mit der SPD nach Berlin

Am 22. August 2022 wurden Mitglieder des DPoIG-Ortsverbandes Flensburg von MdB Sönke Rix (SPD) zu einer dreitägigen politischen Bildungsfahrt nach Berlin eingeladen. Hierzu trafen sich alle Mitreisenden am Morgen des 22. August 2022 um 7 Uhr am Kieler Hauptbahnhof.

Die Reisegruppe bestand aus insgesamt 35 Personen, darunter Mitglieder der SPD und des DPoIG-Ortsverbandes Flensburg (mit Unterstützung vom OV Kiel).

Von Kiel aus reiste die Gruppe über Hamburg nach Berlin und wurde dort gleich von einem Reiseleiter des Bundespresseinformationsamtes (BPA) inklusive Reisebus in Empfang genommen. Dann starteten drei Tage voller Besichtigungen, Information und Bildung.

Vom Bahnhof aus stand eine große Stadtrundfahrt an, wo-

bei unter anderem die letzten original erhaltenen Stücke der Berliner Mauer an der East Side Gallery besichtigt wurden.

Ferner gab man sich große Mühe, um über das Berlin von heute zu informieren. Es ist bewundernswert, wie modern Berlin ist und doch seine Geschichte und die der Bundesrepublik Deutschland nicht vernachlässigt. Es wurden das Humboldtforum und das Denkmal für die ermordeten Juden Europas besichtigt. Der Guide klärte ausführlich über die Entstehung, Kosten und die Geschichte des Denkmals auf. Das Denkmal wurde nach mehreren Jahren Bauzeit 2005 eröffnet und gehört zu den eindrucklichsten Sehenswürdigkeiten in Berlin.

Am zweiten Tag machte sich die Reisegruppe auf an den Wannsee, um dort das Haus der Wannsee-Konferenz zu besichtigen, inklusive einer Füh-

rung durch einen sachkundigen Referenten. Viele Exponate, wie zum Beispiel das Originalprotokoll jener Konferenz von 1942, sind im Hause ausgestellt. Danach folgte eine ebenfalls beeindruckende Führung durch das ehemalige Stasi-Gefängnis in der Lindenstraße in Potsdam. Während der Besichtigung wurde über die Geschichte des Gebäudes und seiner Verwendung über die Jahrzehnte aufgeklärt. Zum Ausklingen folgte eine gut zweistündige Tour auf dem Wannsee, bevor es wieder zurück ins Hotel am Potsdamer Platz ging.

Zu guter Letzt wurden alle Reisenden am dritten Tag der Fahrt ins Paul-Löbe-Haus von Herrn MdB Sönke Rix eingeladen. So erhielt die Gruppe einen tiefen Einblick in die Gebäude des Bundestages und das Reichstagsgebäude selbst. Herr MdB Rix informierte auf einem Rundgang ausführlich

über die Entstehung der verschiedenen Merkmale der Gebäude und deren Funktionen.

Zum Abschluss konnten die Kuppel und das Dach des Reichstagsgebäudes besichtigt werden. Bevor wir abreisten, gab es noch ein letztes gemeinsames Mittagessen, gegen Nachmittag ging es dann gemeinsam wieder zurück nach Kiel.

Alles in allem lässt sich sagen, dass diese dreitägige Fahrt ein voller Erfolg gewesen ist. Die Zusammenarbeit zwischen DPoIG und Bundestagsabgeordneten hat hervorragend funktioniert.

Ich persönlich habe die Fahrt genossen und freue mich, dass solche Möglichkeiten hin und wieder durch die DPoIG wahrgenommen werden können!

*Fynn Langholf,
DPoIG-OV Flensburg*



> Der OV Flensburg mit MdB Rix



Bezirksverband Baden-Württemberg

Der Alte geht – der Neue kommt!

Nach der nunmehr im Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung und der Neuwahl des Vorsitzenden des Ortsverbandes Südbaden im BV Baden-Württemberg, konnte der Vorsitz von Mario Sängler an Rafael Kürz übergeben werden.

Über den Dächern der historischen Stadt Staufen im Breisgau wurden Inhalte, welche in Verbindung zur Tätigkeit als Vorsitzender stehen, besprochen und auch zukünftige Ak-

tionen und Meilensteine im OV angesprochen.

Mario wird Rafael auch weiterhin bei Fragen mit seinem Fundus an Wissen zur Verfügung stehen und ihn bei seiner neuen Aufgabe unterstützen.

Rafael wünschen wir alles Gute in seiner neuen Aufgabe und ein glückliches Händchen bei den gewerkschaftlichen Themen und den in 2024 bevorstehenden Personalratswahlen.



> Mario Sängler mit Rafael Kürz

Bezirksverband Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern

Klaus Kirstein blickt auf 50 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit

Anfang September dieses Jahres empfing unser Jubilar den Landessenorenbeauftragten unserer Gewerkschaft für SH und MV, Klaus Junker, in luftiger Höhe (9. Stock) und mit guter Aussicht über Lübeck. Bei Kaffee und Kuchen übergab Klaus Junker unserem Jubilar die Urkunde für 50 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit mit einem kleinen Präsent im Auftrag der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

Klaus Kirstein und seine Frau erzählten aus ihrem Leben über gute, aber auch nicht so gute Zeiten.

Unser Jubilar hat nach Abschluss der Schule den Beruf eines Werkzeugmachers erlernt und sich 1966 beim damaligen Bundesgrenzschutz

beworben. Dort wurde er am 2. November 1966 in der Schwartauer Landstraße in die 5. Hundertschaft 2/8 eingestellt. Nach erfolgter Grundausbildung wurde Klaus in der K-Werkstatt und später in der Waffenwerkstatt eingesetzt. „Da kam mir mein erlernter Beruf zugute“, so der Jubilar. Klaus entschied sich dann, seine berufliche Perspektive beim BGS fortzusetzen und besuchte den Ba-Lehrgang (Beamter auf Lebenszeit) im Standort Hubertus. 1973 qualifizierte er sich zum Waffenmechaniker. 1977 wechselte Klaus von der Schwartauer Landstraße zur Schule nach Hubertus. Dort wurde er als Fachlehrer im Waffenwesen verwendet. Im Abendstudium qualifizierte sich unser Jubilar zum Meister seines Faches und ab-

solvierte noch verschiedene Lehrgänge. Die damalige Einsatzküche in Hubertus ist Klaus ans Herz gewachsen und wurde zu seinem Hobby. Er hielt die Einsatzküche instand und bildete auch Personal darauf aus. 1994 absolvierte Klaus seinen Aufstieg in den gehobenen Dienst in Fuldata. 2001 wurde unser Jubilar schwer krank und musste viele Behandlungen über sich ergehen lassen, seine Frau stand im dabei stets zur Seite. Viel Unterstützung bekam das Ehepaar auch durch die Dienststelle. Die Betreuung durch den Medizinischen Dienst der Schule war gut. Über das Hamburger Modell



> Klaus Junker mit Klaus Kirstein

versuchte Klaus, beruflich wieder Fuß zu fassen. 2007 ging unser Jubilar in den Ruhestand. Am 1. September 1972 trat Klaus in den BGV ein und möchte sich auf diesem Wege auch für die gewerkschaftliche Unterstützung bedanken.

Wir wünschen Klaus und seiner Frau noch alles Gute.



Illegale Migration über Tschechien erreicht explosionsartigen Höchststand DPoIG Bundespolizeigewerkschaft fordert Einführung stationärer Grenzkontrollen

Die Anzahl der Feststellungen unerlaubt eingereister Personen über die tschechisch-deutsche Grenze ist auf einem Rekordhoch. „Solch drastische Zahlen haben wir zuletzt 2015 erlebt“, so der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz, gegenüber BILD. Allein am Dresdener Hauptbahnhof kommen täglich Hunderte Migranten mit dem Zug aus Prag an. Weitere Schwerpunkte sind die grenzüberschreitenden Autobahnen BAB 4 und BAB 17. Bereits Ende Juni 2022 stellte die Bundespolizei circa 2 000 unerlaubte Einreisen über die Tschechische Republik fest. Eine Steigerung um 140 Prozent zum Vorjahr.

Ende August wurden nur an der tschechisch-sächsischen Grenze circa 3 000 unerlaubte Einreisen durch die Bundespolizei festgestellt. Tendenz weiter steigend. „Diese Entwicklung ist alarmierend und ein weiteres Indiz dafür, dass der europäische Außengrenzschutz große Lücken aufzeigt“, sagt Heiko Teggatz. „Gesicherte Erkenntnisse deuten darauf hin, dass



sich die Schleuserbanden neu aufgestellt haben und nunmehr den Weg über die Slowakei und Tschechien nach Deutschland nutzen.“ Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hatte bereits im Herbst letzten Jahres vor diesem Phänomen gewarnt und stationäre Grenzkontrollen an den Grenzen zu Polen und der Tschechischen Republik gefordert. Seit-

her ist die Bundespolizei mit nahezu allen verfügbaren Kräften an den südlichen und östlichen Grenzen der Republik im Einsatz. „Die Erfahrung aus den letzten Jahren lässt vermuten, dass diese Zahlen nur die Vorboten einer seit 2015 nie da gewesenen Migrationsbewegung nach Deutschland und Europa sind. Bundesinnenministerin Nancy Faeser, SPD muss jetzt

handeln und die stationären Grenzkontrollen nach Österreich auf Tschechien erweitern. Anders werden wir die Lage nicht in den Griff bekommen“, mahnt Teggatz. Bei den in Deutschland ankommenden Menschen handelt es sich größtenteils um Personen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak.

> Gedenktafel			
In den letzten Monaten verstarben unsere Mitglieder			
Frank-Henry Uhlemann	geb.: 01.12.1955	verst.: 28.05.2022	Sen. BE/BB
Nikolai Schröder	geb.: 15.01.1931	verst.: 25.08.2022	Sen. SN/ST/TH
Thomas Durward	geb.: 27.11.1960	verst.: 28.08.2022	OV Staffel Fuldatal
Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.			